

**Erscheinungsweise:**  
Täglich mit Ausnahme  
der Sonn- und Festtage

**Anzeigenpreis:**  
a) im Anzeigenteil:  
die Zeile 15 Goldpfennige  
b) im Reklameteil:  
die Zeile 50 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen  
kommen 50% Zuschlag

Für Platzvorarbeiten  
kann keine Gewähr  
übernommen werden

Gerihtsstand für beide Teile  
ist Calw.



Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

**Bezugspreis:**  
In der Stadt 40 Goldpfennige  
wöchentlich mit Trägerlohn  
Post-Bezugspreis 40 Gold-  
pfennige ohne Bestellgeld

Schluss der Anzeigen-  
annahme 6 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt  
besteht kein Anspruch auf Lieferung  
der Zeitung oder auf Rückzahlung  
des Bezugspreises

Gernsprecher Nr. 9

Verantwortl. Schriftleitung:  
Friedrich Hans Schöe  
Druck und Verlag  
der A. Oelschläger'schen  
Buchdruckerei.

Nr. 251

Mittwoch, 27. Oktober 1926.

101. Jahrgang

## Württemberg und das Arbeitsbeschaffungsprogramm.

### Eine Regierungsmitteilung im württembergischen Landtag.

Im Stuttgart, 27. Okt. Das Staatsministerium hat die Kleine Anfrage des Abg. Keil über Beteiligung Württembergs am Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung wie folgt beantwortet:

1. **Kanalarbeit:** Da der Neckar Kanal von unten her weitergebaut und das württembergische Gebiet erst in mehreren Jahren erreicht werden soll, war im Arbeitsbeschaffungsplan zunächst nicht vorgesehen, neue Kanalstrecken in Württemberg in Angriff zu nehmen. Die Neckar-N. G. hat jedoch dem Reichsverkehrsministerium am 8. August ds. Js. vorgeschlagen, an die Verbesserung des Hochwasserabflusses zwischen Untertürkheim und Münster zu gehen und die Arbeiten an den Staustufen Obereslingen und Horkheim, die im Jahre 1923 stillgelegt wurden, wieder aufzunehmen, um Arbeitsgelegenheit zu schaffen. Das Ministerium des Innern hat diese Vorschläge unterzucht und die Gesundheitsämter in Berlin veranlaßt, sie beim Reichsverkehrsministerium zu vertreten. Dieses hat sich grundsätzlich bereit erklärt, an der Verbesserung des Neckarlaufes zwischen Untertürkheim und Münster mitzuwirken, wenn auch Württemberg und die Stadt Stuttgart zu den Kosten beitragen. Durch das Unternehmen würde nicht bloß die Hochwassergefahr bei Cannstatt beseitigt und eine größere Anzahl Arbeitsloser beschäftigt, sondern auch ein wesentliches Stück der Strecke Untertürkheim-Münster zur Hauptstammstrecke ausgebaut werden. Die Weiterbehandlung der Angelegenheit hängt mit der Frage zusammen, ob die Stadt Stuttgart den Cannstatter Hafen erwirbt. Sie verhandelt mit den beteiligten Reichsstellen. Darüber, ob die Arbeiten an den Staustufen Obereslingen und Horkheim wieder aufgenommen werden sollen, verhandelt die Neckar-N. G. noch mit dem Reichsverkehrsministerium.

2. **Reichsbahn:** Das Reich hat der Reichsbahngesellschaft ein Darlehen von 100 Millionen Reichsmark bewilligt, um ihr zu ermöglichen, einen verstärkten, mit dem Reichsverkehrsministerium vereinbarten Bau- und Beschaffungsplan durchzuführen. Der Plan erstrebt eine Verteilung der Aufträge an die Landesteile und Industrien, die besonders unter Arbeitslosigkeit leiden, und umfasst Gleisumbauten mit 30 Millionen, sogenannte große Bauten Brückenbauten, Erweiterung von Bahnhöfen, neue Werkstätten, Elektrifizierung, Bahnbauten mit 15 Millionen, die Beschaffung von Werrschloffen und Ersatzteilen aller Art zur Verbesserung des Fahrzeugparks mit 35 Millionen, endlich die Elektrifizierung der Berliner Stadt- und Ringbahn mit 20 Millionen Reichs-

mark. Die Mittel wurden nicht nach Ländern verteilt. Ferner hat das Reich der Reichsbahngesellschaft 53,5 Millionen RM. Darlehen zur Fertigstellung stillgelegter Bahnbauten gegeben. Davon entfallen 5 Millionen RM. auf Württemberg. Gebaut werden die Strecken Spaichingen-Reichenbach, Schömberg-Rottweil und die Rurglabahn. Eine weitere Nebenbahn soll fertiggestellt und der Bau von Straßenbahnen gefördert werden; Einzelheiten stehen noch nicht fest.

3. **An den Hochbauten,** die die Reichspost ausführen wird, um Arbeitsgelegenheit zu schaffen, ist Württemberg angemessen beteiligt. Der Bauaufwand beträgt insgesamt 880 000 RM.

4. **Wohnungsbau:** An dem Reichsdarlehen zur Förderung des Kleinwohnungsbaus wird Württemberg nach dem Aufkommen der Haussteuer 1925 beteiligt. Seine angemessene Teilnahme im Rechnungsjahr 1926 ist gesichert. Für das Baujahr 1926 konnte die Wohnungskreditanstalt damit die Herstellung von 10 500 Wohnungen sichern.

5. **Endlich hat das Reich 50 Millionen RM. für Notstandsarbeiten in Bezirken mit besonders starker Erwerbslosigkeit ausgeworfen.** Entgegen dem Widerspruch des Staatsministeriums hat das Reichsarbeitsministerium bestimmt, daß diese Mittel nur verwendet werden dürfen für Notstandsarbeiten in Ländern oder preussischen Provinzen mit mehr als 2 vH. Hauptunterstützungsempfängern oder, soweit diese Voraussetzung nicht zutrifft, für Notstandsarbeiten, bei denen Erwerbslose aus Gemeinden mit mehr als 5 vH. Hauptunterstützungsempfängern beschäftigt werden. Die erste Voraussetzung trifft für Württemberg zur Zeit nicht zu; die zweite nur für einzelne Gemeinden. Das Arbeitsministerium wird beantragen, daß aus diesen Reichsmitteln umfangreiche Notstandsarbeiten gefördert werden, bei denen Erwerbslose aus solchen Gemeinden beschäftigt werden.

6. **Für den Arbeitsbeschaffungsplan des Landes,** der hiernach für die noch nicht beschlossenen Arbeiten aufgestellt werden soll, kommen also hauptsächlich die vorhin genannten Kanalbauarbeiten, der Bau einer weiteren Nebenbahn und Straßenbauten in Frage. Soweit diese Arbeiten nicht aus den 50 Millionen bezahlt werden können, die das Reich für Notstandsarbeiten in Bezirken mit besonders starker Erwerbslosigkeit ausgeworfen hat, werden sie mit den sonstigen Planmitteln der württembergischen Erwerbslosenfürsorge des Reichs durchgeführt werden. Auf Vorschlag des Finanzministeriums und des Arbeitsministeriums hat sich das Staatsministerium damit einverstanden erklärt, daß für diese Arbeiten und zur Deckung der laufenden Mittel der Erwerbslosenfürsorge, die über die bisherigen Bewilligungen hinaus nötig sind, im Rechnungsjahr 1926 acht Millionen RM. vom Landtag angefordert werden sollen.

## Der Kampf um den Finanzausgleich.

### Die Gründe für die Verlängerung des alten Ausgleichs.

Keine Kürzung der Länderanteile beabsichtigt.

Berlin, 27. Okt. Am 2. November beginnt im Reichsfinanzministerium der Kampf zwischen dem Reich und den Ländern um die Gestalt des Finanzausgleichs. Es ist beabsichtigt, den alten Ausgleich bis zum 1. April 1928 zu verlängern. Möglich ist, daß etliche nicht unwesentliche Änderungen vorgenommen werden, falls diese aber die Behauptung sein, daß der der Finanzgespräch am 2. November zu Grunde liegende Referentenentwurf eine Kürzung der Länderanteile vorsieht. Soweit wir unterrichtet sind, denkt der Reichsfinanzminister nicht daran, den Ländern und Gemeinden etwas zu nehmen. Er erkennt vielmehr an, daß sie durch die allgemeine Erwerbslosigkeit außerordentliche finanzielle Lasten zu tragen haben. Dagegen hofft er, daß am 10. April 1927 das Versicherungsgesetz für die Erwerbslosenfürsorge fertiggestellt ist, so daß dann im folgenden Jahre die Ausgaben der Länder und Gemeinden sich allmählich von selbst abbauen und ein normaler Zustand geschaffen wird.

Es ist also verständlich, wenn allein aus diesem Grunde nicht ein völlig neuer Finanzausgleich bis zum April 1927 geschaffen, sondern der alte bis zum April 1928, wenn auch vielleicht in veränderter Form, verlängert wird. Außerdem ist das deutsche Steuerwesen noch nicht organisch geregelt und auseinander abgestimmt. Das hinter uns liegende Finanzjahr hat eine Finanzstatistik ergeben, die es als unzulässig erscheinen läßt, auf ihr ein solches Finanzgebäude aufzubauen. Es liegen also gewichtige Gründe vor, die den Reichsfinanzminister veranlassen, mit der Neuordnung des Finanzausgleichs solange zu warten, bis sich wieder normale Wirtschaftsverhältnisse gebildet haben. Er hofft, daß bis zum 1. April 1928 ein Zustand eingetreten sein wird, der es ermöglicht, einen allseitig zufriedenstellenden Finanzausgleich herbeizuführen.

Auf der Konferenz beabsichtigen einige Länder, vor allem Bayern und Württemberg, sowie einzelne Staaten, eine Erhöhung

der Quoten der Einkommensteuer, die bisher 75 Prozent für die Länder und 25 Prozent für das Reich beträgt, durchzusetzen. Es werden wahrscheinlich verschiedene Anträge eingehen, wobei als Höchstquote ein Anteil von 90 Prozent für die Länder gefordert werden wird. Der vorläufige Finanzausgleich für das Etatsjahr 1927 kann zu außerordentlich erregten innerpolitischen Debatten führen. Nach süddeutschen Meldungen beabsichtigten der bayerische und der württembergische Finanzminister auf der Berliner Konferenz in die schärfste Opposition gegen den Entwurf zu treten. Wie verlautet, hat die bayerische Staatsregierung alle Gerichte über einen Rücktritt Helms demittiert und erklärt, Dr. Held werde mit allem Nachdruck den Kampf gegen den Finanzausgleich führen und zu diesem Zweck an der Spitze der Regierung bleiben.

### Dr. Reinhold zur Finanzwirtschaft.

Im Leipzig, 27. Okt. In einer von der Deutschen Demokratischen Partei veranstalteten Wahlversammlung sprach Reichsminister Dr. Reinhold am Dienstag in Leipzig. Er gab zunächst einen kurzen Überblick über die jetzige innerpolitische Lage und beleuchtete vor allem die deutsche Finanzwirtschaft. Dabei stellte er mit besonderer Genugtuung fest, daß unsere Lage sich stetig verbessert habe. Die Stimmen, die vor Steuerermilderung warneten, seien jetzt verstummt. Das ganze Steuerwesen bedürfe aber im Reich, Ländern und Gemeinden einer organischen Grundlage. Jeder einzelne Deutsche dürfe in Zukunft nur mit den Steuern belastet werden, die er tatsächlich wirtschaftlich auch zu tragen vermag. Nach diesem Hauptgesichtspunkt müsse auch der kommende Finanzausgleich eingerichtet werden. Vorbedingung für diesen Ausgleich sei, was er besonders hervorzuheben wünsche, die deutsche Verwaltungsreform. Dabei gelte es vor allem, die Aufgaben abzubauen und nicht die Beamten. Einen weiteren Teil seiner Ausführungen widmete er dem Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung. Vor allem diene das Programm der Milderung der Arbeitslosigkeit und dann dem Ziel,

## Tages-Spiegel.

Im würt. Landtag wurde von Regierungsseite Mitteilung über die Beteiligung Württembergs am Arbeitsbeschaffungsprogramm gemacht.

Nach einer Regierungsmitteilung im württembergischen Landtag sind die Verhandlungen mit dem herzoglichen Haus Württemberg wieder aufgenommen worden.

Das Reichskabinett hat gestern eine kurze Sitzung abgehalten, in der die Erwerbslosenfürsorge behandelt wurde.

Die Generalverwaltung der Hohenzollern gibt bekannt, daß der frühere Kaiser vorläufig nicht an die Rückkehr nach Deutschland denke.

Die Spitzenverbände der Wirtschaft haben Richtlinien zur Neuordnung des Finanzausgleichs aufgestellt.

Briand empfing gestern den deutschen Botschafter v. Hoersch zu weiteren Verhandlungen über die deutsch-französische Verständigung.

Loucheur wird im November nach Berlin reisen, um wirtschaftliche Verhandlungen zu führen.

Aus allen Teilen der Welt wurden gestern schwere Unwetter gemeldet. Die Erdbebenwarte in Hohenheim zeichnete gestern morgen ein sehr starkes Fernbeben auf, das den Erdball umkreiste.

den Verfall halb begonnener Bauten aufzuhalten. Es gelte nicht „uferlose Kanalbauten“ zu treiben. Mit dem Arbeitsbeschaffungsprogramm werde die Regierung aber dafür Sorge tragen, daß ein neuer lebendiger Impuls durch deutsches Wirtschaftsleben gehe. Dabei erscheine viel wichtiger, daß der Staat einmal die Möglichkeit eines Defizits in Kauf nehme, als daß Theaurierungspolitik getrieben würde, die sich aus innen- und außenpolitischen Gründen schwer rächen könnte. Der Minister sprach dann noch vom Dawesplan und seinen Auswirkungen auf das deutsche Wirtschaftsleben. Er halte es für seine besondere Pflicht, festzustellen, daß die Zeit kommen werde, wo die ganze Welt wirtschaftlich gegen den Dawesplan aufstehen müsse. Den Vorwurf des Optimismus nehme er sowohl in Bezug auf die durch die Außenpolitik geschaffene Lage als auch in Bezug auf die wirtschaftliche Entwicklung gerne hin. Vorbedingung für einen gefunden Optimismus aber sei, daß endlich aller Parteihader im deutschen Volke begraben werde.

### Deutsche Beschwerden an Polen.

Im Berlin, 27. Okt. Die Reichsregierung hat an die Warschauer Regierung eine Note gerichtet, in der gegen die unbillige Ausweisung von 2 Reichsdeutschen, Leiter industrieller Werke in Ostoberschlesien, Einspruch erhoben wird. Die beiden Direktoren müssen bis zum 1. November das polnische Gebiet verlassen, und sie sollen durch polnische Direktoren in ihren Betrieben ersetzt werden. Da dieser Fall auch mit dem zurzeit verhandelten Niederlassungsrecht in Zusammenhang steht, so ist er auch gegenüber der polnischen Delegation in Berlin zur Sprache gekommen, und es ist gleichzeitig auf die schändliche Behandlung Reichsdeutscher in Ostoberschlesien hingewiesen worden. Eine weitere ernste polnische Schwierigkeit besteht zurzeit wegen des Liquidationsbeschlusses, der sich gegen 17 Wohlthätigkeitsanstalten des deutschen Frauenvereins in Posen und Pommern richtet. Auch hier war die deutsche Regierung gezwungen, in einer Beschwerde gegen diese Liquidation Einspruch zu erheben, da es sich nach deutscher Auffassung hier um Eigentum handelt, das wie Kirchengut behandelt werden muß und infolgedessen der Liquidation nicht unterliegt.

### Frankreich und die Abrüstungskontrolle

Keine Sonderwünsche Frankreichs?

Im Paris, 27. Okt. Großes Interesse erregt hier die Veröffentlichung aus englischer Quelle, wonach sich Ministerpräsident Poincaré und die französischen hohen Militärs der Übertragung der Abrüstungskontrolle an den Völkerverbund widersetzen würden bevor nicht Frankreich volle Genugtuung hinsichtlich der Zusammenziehung dieser Völkerverbandskommission gegeben worden sei. Diese Nachricht, sowie die von dem „Daily Telegraph“ angeführten einzelnen Punkte der französischen Wünsche über die Abtretung der Kontrolle an den Völkerverbund wird vom Quai d'Orsay als Phantasiemeldung bezeichnet.